

Neue Mittelkürzungen in der Grundsicherung für Arbeitssuchende

Kommentar: Drastische Kürzungen verschlechtern die Situation für Langzeitarbeitslose und Berufseinsteiger



Arbeitsministerin Ursula von der Leyen erlässt ab November drastische arbeitsmarktpolitische Kürzungen, um die festgelegten Sparziele der Bundesregierung zu erreichen. Im Juni vergangenen Jahres wurden Milliardenkürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik im Haushalt des Bundes und der Bundesagentur für Arbeit beschlossen, um die Schuldenkrise zu bewältigen. Die angedachten Sparbeschlüsse der Bundesregierung und die Streichung der Mittel bei der Arbeitsförderung sind im hohen Maße unsozial und spalten den Arbeitsmarkt. Die Langzeitarbeitslosigkeit wird sich im

Zuge der drastischen Mittelkürzungen und Einschnitte bei den Arbeitsmarktinstrumenten verfestigen. Die Chancen für Geringqualifizierte werden sich verringern.

Während im Jahr 2010 noch insgesamt 6.6 Mrd. € für Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung standen, sind es in 2011 nur 5.3 Mrd. €. Im Durchschnitt ist das eine strukturelle Mittelkürzung von rund 20 %. Dieses Jahr stehen den Jobcentern 1.227,9 Mio. € bzw. 24,9 % weniger an Mitteln zur Verfügung, als 2010 verausgabt wurden. Der Stadt Bonn werden dieses Jahr 4.046.565 € weniger Eingliederungsleistungen als noch 2010 zugeteilt. Dies bedeutet die Region erhält im Vergleich zum Vorjahr etwa 20.1 % weniger Förderung für Eingliederungsleistungen. In der Stadt Köln beläuft sich die Divergenz bei Eingliederungsleistungen im Vergleich zum Vorjahr auf 15.428.333 €. Somit wird hier 2011 etwa 16 % weniger als noch im Vorjahr ausgegeben. Im Zeitraum 2012 bis 2015 summieren sich die Kürzungen auf insgesamt 26,5 Milliarden €.

Sparministerin setzt Rotstift an.

Von der Leyen begründet Ihre Sparbeschlüsse mit sinkenden Arbeitslosenzahlen. Die Arbeitslosenquote fiel zur Jahresmitte erstmals seit langem unter die 7-Prozent-Marke (6,9 Prozent). Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) rechnet damit, dass die registrierte Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2011 knapp die Drei-Millionen-Marke unterschreitet. Die Unterbeschäftigungsrechnung nach dem Konzept der Agentur für Arbeit weist hingegen neben den Arbeitslosen auch die Personen aus, die an entlastenden Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik teilnehmen oder zeitweise arbeitsunfähig erkrankt sind. Letztgenannte werden deshalb nicht als arbeitslos gezählt. Im Juni 2011 belief sich die Unterbeschäftigung auf 4,08 Millionen und lag noch um rund 1,2 Millionen über der Zahl der Arbeitslosen. Besonders an Langzeitarbeitslosen gehen der aktuelle Aufschwung und die Entspannung am Arbeitsmarkt größtenteils vorbei.

Langzeitarbeitslosigkeit liegt in Deutschland weit über dem EU-Durchschnitt

Während Deutschland im europäischen Vergleich eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten aufweist, liegt die Quote der Langzeitarbeitslosen deutlich über dem EU-Durchschnitt und beträgt eine der höchsten Raten unter den Industrieländern. 2010 waren durchschnittlich rund eine Millionen Menschen, also etwa ein Drittel der mehrheitlich ALG-beziehenden Arbeitslosen länger als zwölf Monate arbeitslos gemeldet.

1,1 Millionen Menschen sind heute seit mehr als zwei Jahren im Leistungsbezug, knapp die Hälfte von ihnen seit Einführung des Arbeitslosengeldes II im Jahr 2005. Bei einem Drittel der Langzeitarbeitslosen liegt die letzte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sechs oder mehr Jahre zurück. Die Zahl der für einen kürzeren Zeitraum Arbeitslosen sinkt derzeit deutlich. Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte haben nach wie vor deutlich schlechtere Chancen auf Beschäftigung.

Besonders jungen Menschen wird der Berufseinstieg erschwert.

Langzeitarbeitslosen gelingt der Einstieg in eine existenzsichernde Beschäftigung nicht oder nur sehr schwer.

Beschäftigungsverhältnisse von ehemaligen Langzeitarbeitslosen sind oft nur wenig stabil. Das IAB hat errechnet, das sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse von zuvor arbeitslosen Leistungsempfängern der Grundsicherung in fast der Hälfte der Fälle höchstens ein halbes Jahr dauern. Aktuell sind über die Hälfte der Hartz VI-erhaltenden Arbeitslosen ohne Ausbildung. Menschen im Alter von 20 bis 24 sind mit einer Arbeitslosenquote von 14 % und Menschen im Alter von 25 bis 29 Jahren sind mit einer Arbeitslosenquote von 17 % besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen.

Erwerbschancen von Geringqualifizierten werden sich angesichts der sich sowohl verändernden wie steigenden Qualifikationsanforderungen der Unternehmen weiter verschlechtern. Die durchschnittlichen Vakanzzeiten offener Stellen sind gestiegen und betroffene Unternehmen suchen vermehrt Fachkräfte. Sie entwickeln in Ermangelung letztgenannter zunehmend Ausweichstrategien, wie etwa den Verzicht auf Investitionen und Innovationen, die Automatisierung und Arbeitsverdichtung und den Export von Kapital etc. Die Arbeitsnachfrage sinkt dann zusammen mit dem Arbeitsangebot.

Gründungszuschuss gekürzt

Besonders bei der Förderleistung des Existenzgründungszuschusses wird künftig gespart. Es wird ab November keinen Rechtsanspruch auf ihn mehr geben. Die Vergabe liegt dann im Ermessen der ARGEn oder Jobcenter. Beim Gründungszuschuss ist ein Kürzungspotential von 1,03 Mrd. € in 2012 und 1,33 Mrd. € für die Jahre 2013 und folgende vorgesehen. Statt echtem Ermessen wird es so in der Praxis häufig ein kategorisches Nein geben. Der Zeitraum, in dem der Zuschuss in Höhe des bisherigen Arbeitslosengeldes gezahlt wurde, wurde von neun auf sechs Monate verkürzt.

Insgesamt werden derzeit etwa 1,8 Mrd. € im Haushalt der BA für den Gründungszuschuss aufgewendet. Dies bedeutet für 2012 eine Reduzierung um etwa 57 % und für 2013 und die Folgejahre um etwa 74 %. Weiterhin soll bei Eingliederungsleistungen, bei Heizkostenzuschüssen zum Wohngeld, bei „Effizienzverbesserungen“ in der Arbeitsmarktvermittlung und beim Elterngeld für ALG II-Empfänger künftig gespart werden. Qualifizierungszuschüsse und Eingliederungsgutscheine werden abgeschafft. Der als erfolgreich eingestufte Eingliederungszuschuss für Ältere soll gekürzt werden. Das Programm JobPerspektive, das Arbeitslose in Unternehmen vermittelte, wird abgeschafft.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden aufgrund der unsozialen Sparmaßnahmen vermehrt in prekäre Beschäftigung und Langzeitarbeitslosigkeit abgleiten. Um dies zu verhindern, müssen anstelle von unsozialen Sparmaßnahmen die Berufsberatung, Berufsorientierung und Berufseinstiegsbegleitung in der Agentur für Arbeit gestärkt werden. Einzelne Arbeitsmarktinstrumente werden fast ausschließlich danach beurteilt, ob eine unmittelbare Integration in Arbeit gelingt. Dies behindert ein gutes und intensives Fallmanagement. Ausreichende Finanzmittel für Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote und ein sozialer Arbeitsmarkt sind wünschenswert, um Langzeitarbeitslose erfolgreich ins Erwerbsleben zu integrieren. Nachhaltige Qualifizierungs- und Weiterbildungsinitiativen und eine Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik müssen vermehrt gefördert werden.

Autor: Ansgar Skoda / **Bild:** Ansgar Skoda / 15.11.2011

[Artikel drucken](#)